

Städtische Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sitzung am 17. Oktober 2017			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 16:10 Uhr	Sitzungsende: 17:55 Uhr	Sitzungsort: Kultursaal der Arbeitneh- merkammer Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Berichtsbitte Restmittel	Vorlage 86
TOP 4:	Erfolgskontrolle durchgeführter Projekte 2016	Vorlage 87
TOP 5:	Sitzungstermine 2017	Vorlage 90
TOP 6:	Auswertung Solidarpakt und Projektmittelfverfahren 2017	Vorlage 91
TOP 7:	Projektförderung für den 33. Bremer Karneval	Vorlage 92
TOP 8:	Verschiedenes a. Aktuelle Situation Bremerhavener Theater b. Vorstellung des neuen Musikdirektors des Theater Bremen – Herr Yoel Gamzou c. Kulturbeutel e.V – Planungen für 2018 d. Kenntnisnahme Personenwechsel Projektmittelausschuss	

Die Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, dass – wie schon bereits in der heutigen Sitzung der staatlichen Deputation für Kultur dargelegt - der geplante Berichtspunkt zum Stadttheater Bremerhaven auf eine kommende Sitzung verschoben werde, da hier eine Einbeziehung der Bremerhavener Kollegen sinnvoll sei. Zudem sei Herr Gamzou aus terminlichen Gründen verhindert, so dass dieser Punkt ebenfalls verschoben werde. Darüber hinaus kündigt Staatsrätin Emigholz unter Verschiedenes eine Erläuterung zum Thema City-Tax an. Hierzu legt das Kulturressort eine Tischvorlage vor (Anlage).

Die Deputation für Kultur genehmigt die veränderte Tagesordnung.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Frau Strunge bittet um Nachsicht, dass die Abstimmung des Protokolls der letzten Sitzung mit der Vorsitzenden noch nicht möglich war. Es wird daher in der kommenden Sitzung vorgelegt.

Zum Protokoll der Sitzung vom 08.08.2017 hatte Herr Drechsel in der letzten Sitzung Änderungsünsche angemeldet. Die Deputation nimmt das Protokoll der Sitzung vom 08.08.2017 in geänderter Form zur Kenntnis..

TOP 3: Berichtsbitte Restmittel

Siehe Protokoll der Staatlichen Deputation.

TOP 4: Erfolgskontrolle durchgeführter Projekte 2017

Siehe Protokoll der Staatlichen Deputation

TOP 5: Sitzungstermine 2018

Siehe Protokoll der Staatlichen Deputation

TOP 6: Auswertung Solidarpakt und Projektmittelverfahren 2017

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert die Intention des Solidarpakts, Entwicklungsmöglichkeiten für gänzlich frei agierende Akteure zu schaffen, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch auf andere Ressourcen bezogen. Die Wirkung des Solidarpakts sei außerordentlich positiv. Außerhalb der Frage nach finanzieller Unterstützung gebe es bei vielen Kultureinrichtungen eine große Bereitschaft zu helfen. Zudem seien neue Netzwerke in der Kultur gebildet worden; somit habe sich der Solidarpakt auch auf dieser Ebene bewährt. In mehreren Workshops seien mit Vertreterinnen und Vertretern der Freien Szene sowohl der Solidarpakt als auch das Projektmittelverfahren ausgewertet worden.

Es habe ein sehr positives Feedback gegeben. Dabei sei deutlich geworden, dass sich die Umstellung der Projektmittelvergabe und die Einbeziehung von Fachjurs genauso bewährt haben wie eine Vergabe der Mittel noch vor dem jeweiligen Jahresende, um Planungssicherheit für die Akteure herzustellen. In der Folge seien die Darstellung des Verfahrens auf der Internetseite der Kulturbehörde ebenso wie die Antragsformulare überarbeitet worden. Nötig sei die Schaffung eines Matching-Funds, um Antragstellungen von Einrichtungen bei anderen potentiellen Geldgebern zu erleichtern. Durch die sanierungsbedingt engen finanziellen Spielräume gebe es kaum Möglichkeiten, bundesweite Antragstellungen durch Komplementärmittel zu unterstützen.

Ausdrücklich dankt Staatsrätin Emigholz der Stadtbibliothek, dem Focke-Museum und ganz besonders dem Theater Bremen für die Beiträge zum Solidarpakt, welches den überwiegend Teil des finanziellen Beitrags aufbringt. Zudem würdigt Staatsrätin Emigholz die Öffnung des Hauses zur Freien Szene, die sich in einer Reihe von Kooperationsprojekten ausdrücke. Der Solidarpakt sei eine Lösung auf Zeit bis zum Ende der Sanierung, danach wünsche sie sich eine Stabilisierung und Stärkung der Mittel.

Herr Drechsel fragt nach den Rückmeldungen aus der Freien Szene und den Perspektiven nach dem Auslaufen des Solidarpakts

Herr Bolayela bewertet den Solidarpakt positiv; die Künstlerinnen und Künstler seien sehr zufrieden. Sein Eindruck aus den Workshops, an denen er teilgenommen habe, sei, dass es beim Solidarpakt nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern um einen Ausbau der Vernetzung gehe, und dies sei erreicht worden.

Herr Dr. Hodonyi schließt sich dieser Bewertung an und würdigt die Nachhaltigkeit, da der Solidarpakt ja fortgesetzt werde.

Frau Strunge sagt, dass die Einführung von Fachjurs für die Vergabe der Projektmittel in der Freien Szene gut angekommen sei. Sie begrüße das sehr und sei dafür, das Verfahren beizubehalten. Außerdem freue sie sich, dass die Staatsrätin das Thema Matching-Funds ins Gespräch gebracht habe. Damit könne man Komplementärmittel nach Bremen holen. Die Fraktion Die Linke habe dazu in den vergangenen Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag gestellt. Zum Solidarpakt begrüße sie die Ausführungen der Staatsrätin, die darauf hingewiesen habe, dass es sich um keine dauerhafte Lösung handele. Ein Problem der Projektmittelvergabe bleibe aber, dass die Summe der beantragten Mittel viel höher sei als die der zur Verfügung stehenden Projektmittel. Frau Strunge dankt dem Theater Bremen dafür, dass es sich für den Solidarpakt engagiert. Sie glaube aber, dass das Theater das in den Solidarpakt gegebene Geld für sich selber gebrauchen könne. Die Situation der Freien Szene habe sich zwar verbessert, bleibe aber prekär.

Frau Staatsrätin Emigholz erwidert, dass Anregungen aus der Freien Szene aufgegriffen wurden, etwa bei der Besetzung der Jurs. Darüber hinaus wies sie darauf hin, dass die finanziellen Beiträge der Einrichtungen zum Solidarpakt erst geflossen seien, nachdem das jeweilige wirtschaftliche Ergebnis feststand und somit klar gewesen sei, welcher Betrag für die jeweilige Einrichtung, und damit auch das für Theater, tatsächlich verkraftbar gewesen sei, um den laufenden Betrieb nicht zu gefährden.

Herr Rohmeyer bezeichnet den Solidarpakt als Krücke. Er vermisse Schwerpunktsetzungen und kritisiert die Änderungen von Vergabekriterien der Wirtschaftsförderung WFB im Marketing ohne vorherige Information der Kultureinrichtungen.

Frau Staatsrätin Emigholz empfiehlt, Fragen der Wirtschaftsförderung an die für diesen Bereich zuständigen Gremien und Behörden zu adressieren.

Herr Senkal weist daraufhin, dass die CDU-Fraktion zum wiederholten Male keine eigenen Haushaltsanträge gestellt habe und somit selbst keine Schwerpunktsetzung vornehme.

Herr Rohmeyer erwidert, dass man Geld nicht erst von der Behörde ins Theater und von dort in die Projektmittel, sondern gleich in die Projekte stecken solle. Er kritisiert die erneute Abwesenheit von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling als zuständigem Fachsenator und sagt, dass dies ein Beleg für mangelnden Einsatz des Senators für seinen Bereich sei.

Frau Staatsrätin Emigholz weist dies entschieden zurück und erklärt grundsätzlich, dass der Bürgermeister in seiner Funktion als Senator für Kultur die politische wie inhaltliche Verantwortung für den Kulturhaushalt trage. Darüber hinaus sei sie in ihrer Funktion als Vertreterin im Amt des Senators bei sämtlichen kulturfachlichen Beratungen des Senats dem Senator beigeordnet. Die konstant erreichten Erfolge, wie etwa eine verlässliche Förderung und die Aufrechterhaltung und der Ausbau des bremischen Kulturangebots seien das Ergebnis der kulturpolitischen Arbeit der vergangenen Jahre, nachgewiesen durch Kontrakte mit einer Reihe von Einrichtungen, die verlässliche Ausstattung von Freien Akteuren wie Schaulust, Breminale und La Strada mit festen Haushaltstiteln oder eben dem Solidarpakt. Das Ressort mit dem Senator an der Spitze begreife sich seit vielen Jahren als Schutzmacht für die Kultur in Bremen. Diese Setzung habe sich bewährt, denn die aktive Wahrnehmung dieser Schutzfunktion habe den Einrichtungen Planungssicherheit und stabile Arbeitsbedingungen ermöglicht.

Weiter führt Staatsrätin Emigholz aus, dass ihr die Vorstellungen der CDU-Fraktion zum Thema Kulturhaushalt nicht geläufig seien, da die CDU-Fraktion nach Aussage ihres haushaltspolitischen Sprechers auf eigene Anträge zum Haushalt generell verzichte. Zudem weist Staatsrätin Emigholz darauf hin, dass es die unter anderem CDU-Fraktion gewesen sei, auf deren Initiative hin der Vorsitz in den Fachdeputationen seit Beginn der laufenden Legislaturperiode bei den Parlamentariern und nicht mehr beim zuständigen Senator liege.

Die Deputation nimmt den Bericht des Senators für Kultur zur Kenntnis.

TOP 7: Projektförderung für den 33. Bremer Karneval

Herr Drechsel erkundigt sich nach Möglichkeiten bei der Budgetierung auf Kosteneffizienz zu achten. Herr Perplies antwortet, dass die angemeldeten Kosten überprüft worden seien und der hier in Rede stehende Zuschuss Planungssicherheit gewähre und Möglichkeiten zur Drittmittelakquise eröffne.

Herr Drechsel fragt nach den Sicherheitskosten und Herr Perplies antwortet, dass es dazu Gespräche gegeben habe und auf Seiten des Karnevals – wie bei anderen Kultureinrichtungen auch - ein hohes Kostenbewusstsein herrsche.

Frau Strunge betont, dass die bremische Kulturszene mit hoher Kosteneffizienz arbeite und kritisiert die gegenüber dem Antrag des Karnevals niedrigere Fördersumme. Sie kündigt die Enthaltung der Fraktion Die Linke zum Beschlussvorschlag an und regt an, die Beschlussformel um die konkrete Summe der Förderung zu ergänzen.

Herr Dr. Hodonyi verweist darauf, dass es sich um die gleiche Fördersumme wie im Vorjahr handele.

Herr Rohmeyer geht davon aus, dass die Höhe der Förderung mit dem Antragsteller abgestimmt sei, und Herr Perplies bestätigt dies.

Auf Anregung von Herrn Drechsel wird sich die Deputation in einer der kommenden Sitzungen mit dem Thema Sicherheitskosten am Beispiel von Breminale und Karneval befassen.

Die Deputation für Kultur beschließt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke:

Die Deputation für Kultur beschließt die Förderung des Projekts 33. Bremer Karneval, Motto: „Verschollen im Weltraum“ in Höhe von 12.000 € und bittet den Senator für Kultur um entsprechende haushaltsrechtliche Umsetzung.

TOP 8: Verschiedenes

a) Kulturbeutel e.V – Planungen für 2018

Herr Graßhoff und Herr Chauniere berichten über die zurückliegenden und aktuellen Planungen des Vereins.

Frau Staatsrätin Emigholz kündigt an, Vertreterinnen und Vertreter der jungen, alternativen Kulturszene zu einer Klausurtagung einzuladen und Vertreter der Ressorts Inneres, Wirtschaft und Bau hinzuzubitten, um neben kulturfachlichen Gesichtspunkten auch Fragen von Örtlichkeiten, Sicherheit und ähnliches erörtern zu können. Als Termin schlägt Staatsrätin Emigholz dafür Donnerstag, 23. November, zwischen 14 und 17.30 Uhr vor.

b) Personalwechsel im Projektmittelausschuss

Die Deputation nimmt den Personenwechsel im Projektmittelausschuss zur Kenntnis. In Nachfolge für Herrn Prof. Dr. Grüner wird für die Hochschule für Künste Herr Prof. Dr. Roland Lambrette (komm. Rektor) die Funktion des zweiten Vorsitzenden übernehmen.

c) City-Tax

Der Senator für Kultur legt zu diesem Thema eine Tischvorlage vor (Anlage).

Herr Rohmeyer dankt für die nunmehr durch die Vorlage hergestellte Transparenz, kri-

tisiert aber die Kommunikation des Kulturressorts mit den Kultureinrichtungen in dieser Frage.

Frau Staatsrätin Emigholz weist dies zurück und verweist auf die Einrichtungsleiterkonferenz am 29. März 2017 unmittelbar nach Einbringung des Haushalts: Dort sei berichtet worden, dass die seit 2015 auf rund 2,134 Mio. € gedeckelten Einnahmen aus der City-Tax seit 2016 fest in den Haushalt übernommen würden und der Eckwert des Kulturressorts somit bereits 2016 entsprechend erhöht worden sei. Somit erhielten die Einrichtungen selbstverständlich weiterhin die vereinbarten Zuschüsse, nur seien diese seit 2016 nicht mehr von den Einnahmen der City-Tax abhängig. Es gebe keine Kürzungen. Bei der Einrichtungsleiterkonferenz sei dies klar kommuniziert worden, eventuell seien aber nicht alle Leiterinnen und Leiter anwesend gewesen.

Herr Senkal ergänzt, dass der Kulturbereich seit 2016 eine feste Eckwerterhöhung erhalten habe. Dies sei zu begrüßen. Politisch sei nun darüber zu diskutieren, was mit Mehreinnahmen aus der City-Tax geschehe, die über diese Eckwerterhöhung hinausgingen.

Herr Rohmeyer verweist auf das Protokoll der Deputationssitzung vom 8. August und fragt Herrn Kindscher nach seinen damaligen Ausführungen, nach denen Anhebungen im Wesentlichen zweckgebunden zum Ausgleich von Tarifsteigerungen vorgesehen seien.

Herr Kindscher erläutert, dass es dabei um weitere Anhebungen im Kulturhaushalt 2018/19 gegangen sei, die nichts unmittelbar mit Citytax zu tun hätten. Die Citytax-Mittel seien bereits 2016 einnahmeunabhängig im Haushalt verankert und seither verstetigt worden.

Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, bei der ursprünglichen Gestaltung der City-Tax sei Kultur faktisch Hauptdestinatär gewesen und es habe bei Einzelnen auch die Hoffnung gegeben, dass der Kulturbereich auch von Mehreinnahmen profitieren werde. Die Zuweisung an den Kulturbereich aus der City-Tax sei aber schon 2015 gedeckelt gewesen und über diesen Betrag hinausgehende Mehreinnahmen in den allgemeinen bremsischen Haushalt geflossen. Dabei sei es bis heute geblieben. Die Aufhebung der Zweckbindung der City-Tax-Mittel verbunden mit der Anhebung des Eckwerts seit 2016 sei zu begrüßen, da damit die Abhängigkeit von den naturgemäß schwankenden Einnahmen der City-Tax im Kulturhaushalt beseitigt und Planungssicherheit für alle Beteiligten hergestellt worden sei und diese auch fortbestehe.

Herr Dr. Hodonyi hält fest, es gebe keine Kürzung und keinen Wegfall von Mitteln.

Frau Strunge begrüßt die erfolgte Klarstellung durch die Vorlage und die Ausführungen von Staatsrätin Emigholz. Es gelte nun, die politische Debatte über die Vergabekriterien bei der WFB zu führen, dafür sei die Kulturdeputation allerdings nicht der richtige Ort. Zudem müsse bei steigenden City-Tax-Mitteln in der Bürgerschaft erörtert werden, ob die Kultur davon profitieren könne.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



Sprecherin



Protokollführer